



In Marseille: 150 Strafzettel und 8.600 € Bußgeld für eine 60-jährige Inhaberin eines Invalidenausweises

Eine 60-jährige Frau mit einem Behindertenausweis erhielt nicht weniger als 150 Strafzettel. Die Frau aus Marseille soll nun insgesamt 8.600 Euro Strafe zahlen, obwohl sie bereits in einer Überschuldungsdatei geführt wird. Sie fordert, dass ihre Parktickets annulliert werden.

Die Briefe haben sich in Zohors Haus gestapelt. Die Sechzigjährige, die in Marseille (Bouches-du-Rhône) lebt, hat innerhalb von zwei Jahren nicht weniger als 150 Strafzettel erhalten. Die Rentnerin, die an einer chronischen Krankheit leidet, hat eine saftige Rechnung zu begleichen: nicht weniger als 8.600 Euro.

Tatsächlich musste die behinderte Rentnerin, die im Besitz eines Behindertenausweises ist, ihr Fahrzeug in den Straßen in unmittelbarer Nähe ihrer Wohnung im Stadtteil Camas, im 5. Arrondissement von Marseille, parken. „Nach meiner Krankheit verbrachte ich meine Zeit in Krankenhäusern. Mein Auto war mit meinem Behindertenausweis in der Nachbarschaft geparkt“, so die 60-Jährige gegenüber France Bleu Provence. „Sie fordern mich auf, die 8.600 Euro Strafe zu bezahlen und dann erst wollen sie mit mir zu reden... Aber ich kann nicht bezahlen!“ Auch liegt bei ihr eine Überschuldungsanzeige vor: der Gerichtsvollzieher will an diesem Montag, 15. Februar, zu ihr nach Hause kommen, um Möbel zu pfänden.

Besonders zahlreiche Bußgelder

Im Zentrum von Marseille sind die Knöllchen besonders zahlreich und das aus gutem Grund, denn Autos werden automatisch „geblitzt“, wenn sie schlecht geparkt sind. An der Seite der Sechzigjährigen kümmerte sich ihr Sohn um die Anmietung einer Garage für 140 Euro pro Monat. „Ich fühle mich im Stich gelassen... Was ich verlange, ist die Annullierung der Strafzettel“, sagt die Marseillaise. „Alle Verwaltungen schieben den Schwarzen Peter weiter: Rathaus, Präfektur, die SAGS, die die Parkplätze in Marseille verwaltet... Welchen Nutzen haben die gewählten Vertreter vor Ort?“

Die Stadtverwaltung von Marseille hat ihrerseits auf Nachfrage gegenüber France Bleu erklärt, dass sie den Fall am Montag, den 15. Februar, prüfen wird.